

Info-Mail



Von: Besseres Lernen [mailto:pressestelle@wir-wollen-lernen.de]

Gesendet: Montag, 2. April 2012 09:39

An: "pressestelle@wir-wollen-lernen.de" (pressestelle@wir-wollen-lernen.de)

Betreff: Rabes Inklusions-Drucksache: "ziendifferenter Unterricht" an Gymnasien + Sonderbehandlung für extrem störende oder gewalttätige Schülerinnen und Schüler

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,
liebe Eltern und Großeltern, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Lehrkräfte, liebe Schulsekretariate
und liebe Schulleitungen,

Schulsenator Ties Rabe hat in der vergangenen Woche seine **Senatsdrucksache „Inklusive Bildung an Hamburgs Schulen“** vorgelegt:

Senatsdrucksache 20/3641 - Antrag: Inklusive Bildung an Schulen

<https://www.buergerschaft-hh.de/Parldok/tcl/PDDocView.tcl?mode=show&dokid=36199&page=0>

und lässt damit erstmals konkrete Einzelheiten zu seiner Planung für die Umsetzung des Elternwahlrechts zwischen der Förderung ihres Kindes in einer Sonderschule oder dessen Anmeldung an allgemeinen Schulen gemäß § 12 Schulgesetz erkennen. Bei erster Durchsicht des Papiers fallen zwei zentrale Punkte ins Auge:

1. Rabe beabsichtigt, auch solche Schülerinnen und Schüler, bei denen schon in Klasse 6 feststeht, dass sie die Leistungsvoraussetzungen zum Übergang in Klasse 7 nicht erfüllen und für die der **Bildungsauftrag des Gymnasiums** mit dem Ziel der allgemeinen Hochschulreife (Abitur) erkennbar eine Überforderung darstellt, dennoch **an Gymnasien** zu beschulen und zwar durch „**ziendifferenten Unterricht**“ (Ziffer 4.2, S. 9 linke Spalte).

2. Dass „**Inklusion**“ **am Ende oft nur ein schöner Traum** ist, der in der Realität an Grenzen stößt, geht aus Ziffer 4.13 der Drucksache hervor: „Bei **extrem störenden oder gewalttätigen Schülerinnen und Schülern**“, so ist zu lesen, „**reichen die schulischen Maßnahmen nicht immer aus**. ... Wo die Förderung der Grundschule, der Stadtteilschule oder des Gymnasiums nicht ausreicht, wird in einem ersten Schritt eine temporär ergänzende oder ersetzende Förderung von den Regionalen Bildungs- und Beratungszentren angeboten. Diese Fördermaßnahmen können in der Schule selbst oder als **Beschulung in einer Kleinklasse** im ReBBZ stattfinden. Bei Fördermaßnahmen, die mit einer vorübergehenden **Herauslösung aus der Lerngruppe** verbunden sind, ist die Zustimmung der zuständigen Behörde erforderlich.“ Es ist erfreulich, dass die Probleme in der Praxis von der Schulbehörde offenbar gesehen werden.

Welche Schulen mit diesen Problemen schon **nach den Sommerferien** massiv konfrontiert werden, können Sie der Anlage 2 zur Senatsantwort auf die schriftliche kleine Anfrage **Drs. 20/3556** entnehmen:

Drs. 20/3556: Anmeldezahlen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Sonderschulen und an allgemeinen Schulen

<https://www.buergerschaft-hh.de/Parldok/tcl/PDDocView.tcl?mode=show&dokid=36065&page=0>

In dieser Anlage 2 sind die Schulen und die Zahl der Anmeldungen nach § 12 Schulgesetz zur Jahrgangsstufe 5 an den Stadtteilschulen und Gymnasien zum Schuljahr 2012/13 aufgelistet. Gleicht man diese Anmeldezahlen mit der im [Schulentwicklungsplan](#) vorgesehenen Zügigkeit ab, ergeben sich für eine Reihe von Schulen Zahlen von 3-5 Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. So beispielsweise in Wilhelmsburg, Bergedorf und Lurup für die:

Stadtteilschule Wilhelmsburg bei 7 fünften Klassen und 19 § 12-Anmeldungen fast 3 pro Klasse
Nelson Mandela Schule bei 5 fünften Klassen und 14 § 12-Anmeldungen fast 3 pro Klasse
Schule an der Burgweide bei 3 fünften Klassen und 14 § 12-Anmeldungen fast 5 pro Klasse
Stadtteilschule Bergedorf bei 6 fünften Klassen und 28 § 12-Anmeldungen fast 5 pro Klasse
Stadtteilschule Lurup bei 5 fünften Klassen und 29 § 12-Anmeldungen fast 6 pro Klasse.

Am 24. April 2012 findet im Schulausschuss eine Öffentliche Anhörung statt, auf die wir Sie schon jetzt aufmerksam machen möchten. Der Beratungsfahrplan für die Senatsdrucksache sieht insgesamt wie folgt aus:

24. April 2012: Öffentliche Anhörung im Schulausschuss

22. Mai 2012: Auswertung der Anhörung, Senatsbefragung und abschließende Beratung im Schulausschuss

13./14. Juni 2012: Beschlussfassung in der Bürgerschaft

Herzliche Grüße,
Ihr Team „Wir wollen lernen!“

**„Wir wollen lernen!“
Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.**

Dr. Walter Scheuerl (Sprecher)
Tel.: +49 (0)40 359 22-270
Mobil: +49 (0)172 43 53 741
Fax: +49 (0) 40 359 22-187
E-mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de
Internet: www.wir-wollen-lernen.de

Am 18.7.2010 konnten die Primarschul-Pläne mit dem erfolgreichen Volksentscheid endgültig - und für Senat und Bürgerschaft verbindlich - gestoppt werden! Mit der Verabschiedung des 14. Änderungsgesetzes zum Hamburger Schulgesetz am 15.9.2010 ist der Volksentscheid erfolgreich umgesetzt worden. Die Volksinitiative "Wir wollen lernen!" hat durch zweieinhalb Jahre ehrenamtliches Engagement vieler Tausend Hamburgerinnen und Hamburger viel erreicht:

- Erhaltung der Grundschulen bis Klasse 4
- Erhaltung der weiterführenden Schulen ab Klasse 5
- Erhaltung des Elternwahlrechts für die Schulform der weiterführenden Schulen
- Erhaltung der Gymnasien mit eigenständigem Bildungsauftrag und Beobachtungsstufe
- Sicherstellung verlässlicher und transparenter Informationen für die Eltern durch Schullaufbahneempfehlung als Einschätzung der Zeugniskonferenz in Klasse 4, die den Eltern auch auszuhändigen ist
- Ein individuelles Recht der Eltern auf begleitende Notenzeugnisse auch schon in Klasse 3 sowie
- gegenüber der ursprünglichen Planung kleinere Klassen
- Abschaffung von Büchergeld.

Doch das Schulgesetz ist nur das Fundament für wirklich gute und erfolgreiche Schulen in Hamburg. Jetzt kommt es darauf an, dass das Ergebnis des Volksentscheids auch nachhaltig und ehrlich umgesetzt wird. Denn die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen wollen gute Schule leben!

„Wir wollen lernen!“- Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.
AG Hamburg, VR 20129, Vorstand: Ulf Bertheau, Dr. Walter Scheuerl, Ralf Sielmann

**Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto Nr. 1280 / 310 689**

Hinter der im Frühjahr 2008 gegründeten Initiative stehen engagierte Eltern, Lehrer, Schüler und Bürger aus allen Stadtteilen Hamburgs.